

ROLF BADSTÜBNER

Die geheimgehaltenen und verleugneten sowjetischen Zerstückelungsabsichten gegenüber Deutschland und das Dilemma der KPD

Daß Stalin und die sowjetische Führung im wie nach dem Zweiten Weltkrieg eine Politik der Zerstückelung Deutschlands, die von den Westalliierten zeit- und teilweise favorisiert wurde, prinzipiell abgelehnt hätten und stets für das Recht des deutschen Volkes auf einen Nationalstaat, wie es sich aus einer marxistischen Haltung zur nationalen Frage tatsächlich oder vermeintlich ergab, eingetreten seien, war seit 1945 ein fester Bestandteil der erklärten und behaupteten Absichten und Ziele sowjetischer Politik und spielte vor allem auch in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges eine große Rolle.

Als Gegenfolie hierzu diente ein grobschlächtiges Bild von während des Zweiten Weltkrieges entwickelten westlichen Zerstückelungsplänen, deren weitere, wenngleich modifizierte Verfolgung nach 1945 dann zwangsläufig zur Spaltung Deutschlands geführt hätte.

Eine Aufteilungs- oder Zerstückelungspolitik gegenüber Deutschland wurde quasi als absolut schlecht und verdammenswert und typisch imperialistisch dämonisiert, ohne sie im Kontext der deutschen Frage ernsthaft zu hinterfragen und echt zu problematisieren. Es trat völlig aus dem Blickfeld, daß Aufteilung, Zerstückelung und Verkleinerung des offenbar übermächtigen europäischen Zentralstaates Preußen-Deutschland, der auf seinem hegemonialen Sonderweg das europäische Gleichgewicht und die Sicherheit der europäischen Völker wiederholt gefährdet hatte, Bestandteile einer europäischen Lösung der deutschen Frage¹ waren, auf die man möglicherweise auf die eine oder andere Weise zurückgreifen mußte. In diesem Kontext und den Konstellationen der Jahre 1941 und folgende schienen Dismemberment-Überlegungen als eines oder letztes Mittel zur Erlangung dauerhafter Sicherheit vor Deutschland und im Interesse europäischer Friedensgestaltung, die allenthalben angestellt wurden, durchaus legitim – und das galt auch für die Sowjetregierung. Gegenüber Preußen bestand sogar Einigkeit zwischen allen Mächten über eine Aufteilung oder Zerstückelung, und sie wurde dann ja auch bei der Gliederung der Besatzungszonen in Länder und Provinzen durch das Auflösungsgesetz des Alliierten Kontrollrates in Deutschland sowie auch auf dem Wege der Gebietsabtrennungen im Osten, die ja auch als Element einer faktischen Zerstückelung Vorkriegsdeutschlands gewertet werden konnten, durchgeführt. Französische Bestrebungen nach analogen Gebietsabtrennungen im Westen konnten sich allerdings nicht durchsetzen.

Rolf Badstübner – Jg. 1928, Professor der neueren Geschichte, ist seit den sechziger Jahren mit Publikationen zur deutschen Nachkriegsgeschichte hervorgetreten, u.a. mit Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994.

1 Siehe dazu Wolf D. Gruner: Die deutsche Frage in Europa 1800-1990, München 1993.

2 Die Wahrheit über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage (Historischer Abriss), hrsg. von den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und der DDR, o.O.(1959), S. 11.

3 »Die sowjetische Regierung hat – im Unterschied zu den Westmächten – selbst keinerlei Konzeptionen oder Pläne zur Zerstückelung Deutschlands entwickelt.«
Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Die Spaltung Deutschlands 1945-1949, Berlin 1966, S. 23.

4 Der Verf. bezieht dies auf sich und andere ehemalige DDR-Historiker.

5 Foreign Relations of the United States 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, Washington 1956-1970.

6 British Foreign Policy in the Second World War, Vol. I-V, London 1970-1976.

7 Siehe The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961, S.600ff.

8 Siehe The Conferences at Malta and Jalta, Washington 1955, S. 612ff.

9 In den Jahren 1978/9 gab das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine sechsbändige Dokumentensammlung »Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945« mit den sowjetischen Protokollen und anderen Materialien der Moskauer Außenministerkonferenz von Oktober 1943 und der Gipfelkonferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam heraus. Sie erschienen Mitte

Doch all das blieb in der oben charakterisierten, verkürzten und einseitigen Zerstückelungsdämonisierung, wie sie z.B. in dem 1959 erschienenen Weißbuch der Außenministerien der UdSSR und der DDR verbreitet wurde, ausgeblendet. Darin hieß es als Fazit: »Die historische Wahrheit besteht darin, daß...die Sowjetregierung fest darauf bestand, daß man das deutsche Volk nicht mit der Hitlerclique gleichsetzen und ihm gegenüber keine Politik der Rache, der nationalen Entwürdigung und der Unterdrückung führen dürfe. Sie betonte vielmehr, daß es notwendig sei solche Bedingungen zu schaffen, die die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staates gewährleisten konnten. Diese Haltung nahm die Sowjetunion im ganzen Verlauf des Krieges ein und von ihr wich sie auch bei den Verhandlungen mit ihren westlichen Bündnispartnern über die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands nicht um einen Schritt ab.«²

Natürlich beeinflussten solche als kompetent einzustufenden Darlegungen auch die Sichtweise der sich in der DDR entwickelnden Zeitgeschichtsschreibung maßgeblich, da zur Verifizierung keine Archivalquellen zugänglich waren.³ Es war damals schwer vorstellbar⁴, daß das sowjetische Außenministerium eindeutige und ihr – zumindest, was seine Leitung anging – bekannte(!) Fakten unterschlug und bewußt Geschichte fälschte.

Die seit Mitte der fünfziger Jahre sukzessive herausgegebenen US-amerikanischen⁵ und die in den siebziger Jahren erschienenen britischen⁶ Quelleneditionen zum Thema ermöglichten zwar auch eine differenziertere Sicht auf die sowjetische Politik – aber doch nur begrenzt. Und da in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges die US-amerikanischen Jalta-Papers von sowjetischer Seite scharf attackiert worden waren, mußte man gegenüber jenen Quelleneditionen zumindest eine kritische Distanz für angebracht halten.

Außerdem schienen, wenn man von den frühen Gesprächen zwischen Stalin/Molotow und dem britischen Außenminister Eden Ende 1941 in Moskau absah bzw. sie relativierte, auch die Protokolle der Gipfelkonferenzen von Teheran und Jalta amerikanischer Provenienz die eingangs charakterisierte sowjetische Interpretation der sowjetischen Position in der Zerstückelungsfrage eher zu bestätigen als zu widerlegen. Denn Stalin reagierte in Teheran lediglich auf westliche Zerstückelungsvorschläge und stellte diese eher in Frage, als daß er zustimmte.⁷ Die in der Teilungsfrage auf der Krimkonferenz unter sowjetischer Mitwirkung gefaßten Beschlüsse, nämlich, Einführung der Teilungsabsicht (oder Möglichkeit) in die Kapitulationsurkunde und Einsetzung einer Kommission in London zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge,⁸ konnte – ohne aufhellende sowjetische Hintergrundpapiere – auch so interpretiert werden, wie es seitens der sowjetischen Seite in offiziellen Darstellungen geschah.

Auch die in den siebziger und achtziger Jahren herausgegebenen sowjetischen Quelleneditionen mit A.A. Gromyko(!) an der Spitze der Hauptredaktion⁹ untermauerten in der Zerstückelungsfrage die bisher entwickelte sowjetische Position, ohne sie nennenswert zu vertiefen. In der Einführung des Jalta-Bandes hieß es dazu: »Als

die Kommission zur Aufteilung Deutschlands jedoch in London ihre Tätigkeit aufnahm, richtete der Vertreter der UdSSR, F.T. Gusew, am 26. März 1945 im Auftrag der Sowjetregierung an den Ausschußvorsitzenden Eden ein Schreiben mit folgender Erläuterung: »Die sowjetische Regierung faßt den Beschluß der Krimkonferenz über die Aufteilung Deutschlands nicht als verbindlichen Plan zur Aufteilung Deutschlands auf, sondern als eine mögliche Perspektive der Druckausübung auf Deutschland, wenn sich die anderen Mittel als unzureichend erweisen sollten.«...Durch das Schreiben der Sowjetregierung wurde die Frage der Aufteilung Deutschlands von der Tagesordnung der Kommission abgesetzt...

Am 9. Mai 1945 erklärte der sowjetische Regierungschef in einem Aufruf an das Sowjetvolk: »...Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerschlagen.« Das war die wirkliche Haltung der Sowjetunion zur Aufteilung Deutschlands.«¹⁰

Allerdings, ganz so geradlinig schienen sich die Dinge doch nicht zu verhalten; denn auch die selbst herausgegebenen Protokolle sprachen eine etwas andere, wenngleich nicht eindeutige Sprache. Wie war zu erklären, daß Molotow in dieser Frage offensichtlich weiterging als seine westlichen Kollegen: »Molotow sagt, man müsse in den Bestimmungen der Kapitulation die nachdrückliche Meinung der Alliierten zur Notwendigkeit der Aufteilung Deutschlands festhalten.

Eden erklärt, die von Molotow vorgeschlagene Formulierung verpflichtete die Alliierten zum Handeln.

Molotow entgegnete, er würde folgende Formulierung vorschlagen: »Für die Sicherheit in Europa halten es die Alliierten für erforderlich, Deutschland aufzuteilen.«¹¹ Das stieß erneut auf westlichen Widerspruch, und es kam dann zu den o.g. Beschlüssen.

In bezug auf die sowjetischen Quelleneditionen war zwar nicht zu übersehen, daß sie stark selektiven Charakter trugen und in Umfang, Dichte und Tiefenebenen der Überlieferungen sowie des editorischen Aufwandes bzw. der editorischen Sorgfalt qualitativ deutlich gegenüber den einschlägigen amerikanischen und britischen Quelleneditionen abfielen. Dennoch überrascht und bestürzt, daß, wie nun durch neu erschlossene Quellen ersichtlich wird, die Selektion auch so weit ging, daß sowjetischerseits ganze Quellengruppen unterschlagen bzw. ignoriert wurden.

Denn die Anfang dieses Jahres in Moskau erschienene Edition von Quellen des sowjetischen Außenministerium (gebräuchliche Abkürzung Narkomindel) zur deutschen Frage¹² fördert im Rahmen vieler neuer Fakten, die es ermöglichen, eine weit differenziertere Sicht auf die sowjetische Politik in der deutschen Frage und eine größere Sicherheit des Urteils zu gewinnen, vor allem als völlig neue Erkenntnis zutage, daß in den deutschlandpolitischen Planungen von Narkomindel nicht nur auch Pläne zur Aufteilung Deutschlands ausgearbeitet wurden, was nicht völlig überraschen würde, da man sich ja zu westlichen Teilungsplänen positionieren mußte. Viel gravierender ist, daß die Zerstückelung als eine Grundkonstante aller Planungen fungierte, daß sie als unerläßlich galt und daß sie tatsächlich noch bis nach Jalta als ein, allerdings

der achtziger Jahre in der DDR in einer deutschen Ausgabe. In diesem Kontext seien genannt Band 2: Die Teheraner Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien, Moskau/Berlin 1986; Band 4: Die Krim(Jalta)-Konferenz der Repräsentanten der drei alliierten Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien, Moskau/Berlin 1986.

10 Die Krim(Jalta)konferenz (Anm.9), S. 20/1.

11 Ebenda, S. 71.

12 Historisch-Dokumentarisches Department des MID Rußlands/Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam: Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation Moskau/ Internationale Beziehungen 1996, Bd. 1 Die UdSSR und die deutsche Frage 22. Juni 1941-8. Mai 1945, (hrsg. von G.P. Kynin und J. Laufer). Siehe auch die Rezension d. Verf. in ZfG 7/1997.

gegenüber den Westalliierten im Hintergrund gehaltenes, deutschlandpolitisches Hauptziel verfolgt wurde.

Offensichtlich bildeten hierfür, wie für die Formulierung und Festlegung der grundlegenden sowjetischen Kriegsziele überhaupt, bereits die Ende 1941 geführten Gespräche Stalins und Molotows mit dem britischen Außenminister Eden einen wesentlichen Ausgangspunkt. Verbunden mit dem Bemühen um einen sowjetisch-britischen Interessenabgleich benannte Stalin als die entscheidenden sowjetischen Kriegsziele: Wiederherstellung der sowjetischen Westgrenze, wie sie bis zum Juni 1941(!) bestand; Herstellung einer, von den westlichen Verbündeten möglichst respektierten, der UdSSR vorgelagerten sowjetischen Einfluß- und Interessensphäre; Wiedergutmachung (Reparationen); dauerhafte Beseitigung der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr vor allem durch (lt.»Zusatzprotokoll...« Punkt 17b,c) die Aufteilung Deutschlands in mehrere unabhängige Staaten, verbunden mit größeren Gebietsabtrennungen im Osten. Der östliche Teil Ostpreußens sollte zusätzlich an die UdSSR (Litauen) fallen, der westliche an Polen.¹³

13 Siehe ebenda, Dok.11,12,13, S. 124ff.

Über die Zerstückelung Deutschlands hat es möglicherweise bereits im Vorfeld der Gespräche mit Eden im Politbüro der VKP(b), zumindest aber zwischen Stalin und Molotow eine Art Beschlußfassung gegeben, denn schon am 21. November 1941¹⁴ hatte Molotow dem sowjetischen Botschafter in London, Maiskij, als Grundsatzorientierung Stalins übermittelt, »daß Österreich als unabhängiger Staat aus Deutschland herausgelöst, und Deutschland selbst, Preußen inbegriffen, in mehrere größere oder kleinere Staaten aufgeteilt werden sollte, um in der Zukunft eine höchstmögliche Garantie für die Sicherheit der europäischen Staaten zu gewährleisten.«¹⁵ Maiskij übermittelte Churchill am 27. November 1941 in einem Gespräch, in dem dieser auch eigene Teilungsvorschläge entwickelte, diese sowjetischen Positionen.¹⁶

14 Siehe ebenda, Dok. 7.

15 Ebenda, S. 119.

16 Ebenda, Anm. 18, S. 646.

Die genannten sowjetischen Kriegsziele bestimmten maßgeblich die Planungsarbeiten und Aktivitäten des Narkomindel und die Arbeit der drei Kommissionen, die auf Beschluß des Politbüros der VKP(b) im Herbst 1943 im bzw. beim Narkomindel gebildet worden waren: die vom stellvertretenden Außenminister Litwinow geleitete Kommission für Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, die von Woroschilow geleitete Kommission zu Fragen des Waffenstillstandes und die Kommission für Fragen der Wiedergutmachung (Reparationen), die unter der Leitung von Maiskij stand.

Die Zerstückelungsproblematik wurde in der Litwinov-Kommission intensiv bearbeitet. In dem Arbeitsplan der Kommission über Nachkriegsordnung und Friedensvertragsfragen, den Litwinow Stalin und Molotow am 4. September 1943 zur Bestätigung übermittelte¹⁷, und der 33 nach Ländern und Sachfragen gegliederte Hauptpunkte umfaßte, hieß es unter »V. Deutschland. 1. Zukünftige Ordnung Deutschlands, 2. Unterschiedliche Varianten der staatlichen Aufteilung Deutschlands, 3. Ostpreußen, 4. Schlesien, 5. Danzig, 6. Memelgebiet, 7. Deutsch-sowjetische Grenze, 8. Deutsch-polnische Grenze...«¹⁸

17 Ebenda, Dok. 55.

18 Ebenda, S. 243/4.

Zur Beratung und Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe

wurden, unter Einbeziehung zahlreicher Wissenschaftler und Experten, Unterkommissionen und Arbeitsgruppen gebildet.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang ein umfangreiches und detailliertes Papier, das Akademiemitglied Varga am 27. September 1943 Litwinow übersandt hat¹⁹ und in dem verschiedene »Varianten der Teilung Deutschlands« dargelegt und gegeneinander abgewogen werden.

Der Zwischenbericht über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit der Litwinowkommission zur Behandlung Deutschlands, der am 9. März 1944 Molotow übermittelt wird²⁰, bekräftigt als damalige sowjetische Position, daß das Ziel einer Beseitigung des deutschen Kriegspotentials und der Bannung erneuter Kriegsgefahr die Aufteilung Deutschland in mehrere unabhängige Staaten erforderlich macht.²¹

Schließlich favorisierte die Litwinowkommission in einem Bericht vom 12. Januar 1945 die Aufteilung Deutschlands in fünf unabhängige Staaten: Rest-Preußen; Sachsen und Thüringen; ein süddeutscher Staat mit Bayern, Württemberg und Baden; Rheinland-Westfalen; Hannover, Oldenburg und Bremen.²²

Mit diesem Konzept gingen Stalin und Molotow offensichtlich in die Konferenz von Jalta, und das erklärt ihr Verhalten. Auf der anderen Seite versuchten sie weiterhin so zu taktieren, daß nicht die Sowjetunion, sondern die britische und amerikanische Seite als Inspirator der Zerstückelung erscheinen sollten.

Nach den Überlieferungen von Narkomindel hat es, was überrascht, zum Zerstückelungskonzept offensichtlich keine Alternativplanungen gegeben. Somit war die sowjetische Position in der deutschen Frage bis Jalta eigentlich stärker auf eine Aufteilung Deutschlands festgelegt, als dies bei ihren westlichen Alliierten der Fall war. Denn sowohl State Department wie Foreign Office nahmen gegenüber den insbesondere von Stabschefs und Kriegsministerien favorisierten Zerstückelungsplänen, die auch Roosevelt und Churchill zeitweilig stark beeinflussten, eher eine ablehnende Haltung ein und entwickelten dementsprechende Alternativplanungen.²³

Der abrupte sowjetische Kurswechsel in der Zerstückelungsfrage, wie er dann offensichtlich in der letzten Märzwoche 1945 erfolgte, kann durch die Überlieferung von Narkomindel nicht aufgeheilt werden; denn dessen deutschlandpolitische Planungsarbeit endet faktisch im Vorfeld von Jalta, wie die Bearbeiter der Quellenedition in ihrer Einführung feststellen.²⁴ Es gelang den Bearbeitern bedauerlicherweise »trotz vielfältiger Bemühungen nur ansatzweise, die einschlägigen Quellenbestände außerhalb des russischen Außenministeriums für eine fundierte Erläuterung der edierten Dokumente heranzuziehen«.²⁵

»Unter Ausschluß von Vertretern des Narkomindel erfolgte am 25. Februar 1945 die Bildung des ›Sonderkomitees für Deutschland<... unter Vorsitz von G.M. Malenkow...«, in dessen Arbeit aber nicht an die bisherigen Deutschlandplanungen angeknüpft wurde, sondern eine Konzentration auf Erfordernisse der Besetzung und solche Ziele wie Kriegsbeute und Reparationen, erfolgte.«²⁶

Diese Feststellung der Bearbeiter der Quellenedition wirft sicher eher Fragen auf, als daß sie solche beantwortet.

19 Ebenda, Dok. 58.

20 Ebenda, Dok. 91.

21 Ebenda, S. 448.

22 Ebenda, Dok. 141.

23 Einen informativen Überblick unter Auswertung der Forschungsliteratur hierzu bietet W. D. Gruner (Anm.1), S. 204ff.

24 Die UdSSR und die deutsche Frage (Anm.12), S. 39.

25 Ebenda, S. 32.

26 Ebenda, S. 41.

Völlig offen bleibt, was die sowjetische Führung zu ihrem Kurswechsel in der Zerstückelungsfrage bewogen hat, wann und von wem entsprechende Entscheidungshilfen ausgearbeitet sowie Positionspapiere erarbeitet und vorgelegt worden sind. Darüber läßt sich weiterhin nur spekulieren.

Im Kontext der Gespräche mit Eden machen die Bearbeiter der Quellenedition folgende aufschlußreiche Feststellung: »Noch bevor die Nachkriegsplanungen im Narkomindel aufgenommen wurden, suchte Stalin zur Jahreswende 1941 Einflußsphären (einschließlich Grenzen) in Europa und grundlegende Fragen der Behandlung Deutschlands durch eine geheime Vereinbarung mit der britischen Regierung festzuschreiben...«.²⁷ Wenn man davon ausgeht, daß Stalin sich dabei auf ausgearbeitete sowjetische Positionspapiere gestützt haben müßte, dann bedeutet das, daß diese nicht im Narkomindel, sondern anderswo, wahrscheinlich in der Abt. für Europäische Angelegenheiten beim ZK der VKP(b) ausgearbeitet worden sind. Hier existierte zweifellos auch weiterhin eine Art Parallelschiene, die offensichtlich nach Jalta entscheidende Bedeutung erlangte.

27 Ebenda, S. 35.

Die sowjetische Zerstückelungsabsicht und die betreffenden Pläne wurden offensichtlich auch gegenüber der Moskauer Führung der KPD geheimgehalten.

Aufschlußreich ist das Fehlen jeglicher Überlieferung über eine Nutzung der in Moskau betriebenen Nachkriegsplanungen der KPD durch Narkomindel und umgekehrt die weitgehende Unkenntnis der KPD im Hinblick auf Einschätzungen und Planungen seitens des Narkomindel.²⁸

28 Ebenda, S. 39/40.

Denn die gesamte Planungsarbeit der KPD für die Nachkriegszeit basierte auf der Voraussetzung, daß Deutschland oder das Deutsche Reich nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern, wenngleich in modifizierter Form, fortexistieren würden.

29 Maschinenschriftliche Abschrift des Entwurfs von Anton Ackermann von Ende 1944. In: »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 290.

So hieß es im »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie«:

»Neubau des Reiches auf solidem Grund«...»nationale Neugeburt Deutschlands«.²⁹

Dies war somit, wie sich nun zeigt, auch was die sowjetische »Bruderpartei« anging, in hohem Maße auf Sand gebaut.

30 »Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland«- Handschriftliche Disposition Wilhelm Piecks für eine Lektion auf dem 2. Lehrgang der Parteischule der KPD, am 1. März 1945 vorgetragen. In: »Nach Hitler kommen wir« (Anm.28), S. 361-374.

Auch die Informationen, die die KPD-Führung seitens der sowjetischen Seite über die Krim-Konferenz erhielt, hatten offensichtlich den Teilungsbeschluß ausgespart, wie sich aus einem Vortrag Wilhelm Piecks vom 1. März 1945 folgern läßt, in dem die Krimbeschlüsse ohne Bezug auf die Teilungsproblematik erläutert wurden.³⁰

Offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt und möglicherweise nach(!) dem sowjetischen Kurswechsel³¹, über den Pieck logischerweise ebenfalls nicht informiert wurde, findet sich in einer Rededisposition eine grundlegend andere, offenbar aufgeschreckte Sicht Wilhelm Piecks, die auch einen beträchtlichen Grad von Konfusion reflektiert:

»Zur Lage Deutschlands

sehr ernst – nicht glauben, daß nicht so heiß gegessen, wie gekocht

31 Diese Rededisposition ist im Nachlaß unter dem Datum 25. Mai 1945 überliefert. Aus dem Text geht jedoch eindeutig hervor, daß

Jaltabeschlüsse
vollständige Zerschmetterung Deutschlands

...

Gebietsabtrennungen im Osten an Polen

...

und schließlich ein neues Ländersystem
eine Föderation von 9-10
ungefähr gleich großen Staaten
mit neu erstandenen Städten als Zentren –
Hamburg, Bremen, Berlin
Köln, Frankfurt, Weimar
Dresden, Breslau –

...

Deutschland stirbt nicht, es ist im Begriff, eine neue Gestalt anzunehmen und in einen neuen Zustand überzugehen...

An eine eigentliche Auflösung des Reiches gegen den Willen der Deutschen ist nicht gedacht – soviel wir wissen...

die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt...dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden könnten wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst...

Veränderung der Lage von Grund auf
darauf unsere Politik und Arbeit orientieren.

Besetzung Deutschlands schafft andere Bedingungen.

Damit auch Bedeutung des Nationalkomitees – schrumpft zusammen

keine Basis mehr
deutsches Reich wird nicht mehr sein...«³²

Am 10. April 1945 schlußfolgerte Wilhelm Pieck in einer Lektion aus der geänderten Lage, daß man mit einer längeren Zeit eines strengen Besatzungsregimes in Deutschland rechnen müsse und es erst in einem späteren Stadium möglich sein werde, Ortsgruppen der KPD zu bilden. »Unsere programmatischen Aufgaben bleiben natürlich bestehen, wenn sie auch für die nächste Zeit nicht verwirklicht werden können.«³³

Doch die KPD-Führung hatte Glück. Die weltpolitischen Veränderungen im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, die neuen Konstellationen, vor allem der Aufstieg der Sowjetunion zu einer Weltmacht und die immense Ausdehnung ihres realen Einflußbereiches, auch auf deutschem Boden, die zweifellos ihre Interessenlage einschneidend veränderte, führte nicht nur in der Zerstückelungsfrage, sondern weit darüber hinaus eine deutschlandpolitische Kursänderung herbei, die im Stile »jäger Wenden« durchgesetzt wurde.

Dies zeigte sich bereits in Form des Einsatzes der Initiativgruppen der KPD in den von der Roten Armee besetzten Gebieten und fand seine Fortsetzung in der schnellen Zulassung von Parteien und

sie noch einige Zeit vor Kriegsende verfaßt worden sein muß. Möglicherweise müßte statt Mai März stehen.

32 Rede Wilhelm Piecks in der Antifa-Schule 27 (Krasnogorsk) vom 25. Mai 1945. Handschr. Notizen . Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO Barch) NL 36/421, Bl. 206ff.

33 Handschriftliche Notizen, ebenda, Bl. 123.

Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die ihre westlichen Verbündeten überraschte und konsternierte, da solches nicht auf der Linie bisherigen alliierten Konsenses lag.

Die KPD sollte nun so schnell wie möglich mit einem Aufruf an das deutsche Volk hervortreten und auf diese Weise und durch zügige Organisation ihrer Reihen politisch in die Vorhand kommen. In der Besprechung zur Vorbereitung des Aufrufes am 4. Juni 1945 bei Stalin vermittelte dieser den deutschlandpolitischen Kurs der Sowjetunion: Pieck notierte dazu u.a.: » Plan der Zerstückelung Deutschlands bestand bei Engl.-Amerikan...Einheit Deutschlands sichern durch einh KPD einh ZK...Landesregierung für Sachsen, Provinzialregierung für Berlin-Brandenburg, Mecklenburg, Pommern...«³⁴

34 Siehe Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. v. Rolf Badstübner u. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 50/1

Stalin verleugnete also höchstselbst die sowjetischen Zerstückelungspläne und machte sich jetzt zum Anwalt der Interessen des deutschen Volkes an einem deutschen Nationalstaat.

Die KPD-Führung konnte nun doch in hohem Maße an ihre vorbereiteten Nachkriegskonzepte anknüpfen, wie es mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 geschah, der auf die Herstellung und Erhaltung der Einheit Deutschlands und auf die Schaffung einer parlamentarisch-demokratischen Republik ausgerichtet war.

Fortan machte sich die UdSSR zum Anwalt dieser Zielsetzung auf der internationalen Bühne und gegenüber ihren westlichen Verbündeten – dies geschah allerdings im Rahmen einer äußerst widersprüchlichen Gesamtpolitik, in der zwischen der verkündeten deutschlandpolitischen Zielsetzung und ihrer Zonenpolitik eine eher zu- als abnehmende Ambivalenz hervortrat³⁵.

Abschließend nur so viel:

Die sowjetische Geheimhaltung und Leugnung ihrer eigenen Zerstückelungsabsichten und -pläne ist nur schwer nachvollziehbar und weithin irrational, sie ist abstrus. Sie geht offenbar direkt auf Stalin zurück und ist ein weiterer Ausdruck seines skrupellosen Umgangs mit Geschichte. Über das Phänomen, daß es gelang, diese Geheimhaltung und Leugnung so lange aufrechtzuerhalten, obwohl doch ein relativ großer Kreis von Politikern und Experten es anders wußte, lohnt sich weiter nachzudenken.

Es wäre sicher vorschnell und auch verkehrt, im Analogenschluß aus der Tatsache sowjetischer Zerstückelungsabsicht als festes Kriegsziel gegenüber Deutschland einfach zu folgern, daß Stalins auf Gesamtdeutschland zielende Vorschläge nach 1945 nur hohles Pathos und Taktik waren. Dennoch erscheint natürlich die Politik der UdSSR in der deutschen Frage nach Aufdeckung der geheimgehaltenen Zerstückelungsabsichten und -pläne während des Krieges in einem anderen, vieles noch mehr relativierenden Licht.

35 Siehe dazu den Beitrag d. Verf.: Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen. In: Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, hrsg.v. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 74-107. Was die SBZ angeht vor allem: Norman Naimark, The Russians in Germany. A history of the Sovietzone of occupation 1945-1949, London 1995.